



**Liebe Genossinnen, liebe Genossen,**

**mit meinem ersten Infobrief im neuen Jahr möchte ich Euch ein gesundes und erfolgreiches Jahr 2020 wünschen. Die Arbeit in Berlin hat schon wieder begonnen und das Wichtigste fasse ich Euch zusammen:**

Wenn ich ein Thema nennen müsste, das mich in den zwei Jahren als Abgeordneter genauso umgetrieben hat wie als Kommunalpolitiker, dann ist es das Thema **öffentliche Investitionen**. Zu geringe Investitionen in den letzten Jahrzehnten haben große Modernisierungslücken verursacht. Das habe ich zuletzt im Dezember in meiner [Rede im Bundestag](#) deutlich gemacht. Umso glücklicher bin ich, dass wir derzeit ein Umdenken beobachten können, in der öffentlichen Meinung, in der Wissenschaft, in Teilen der Wirtschaft. Dass der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) und der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) einmal ein [gemeinsames Positionspapier](#) veröffentlichen würden, in dem sie ein langfristig angelegtes **Investitionsprogramm** fordern, zu dessen Finanzierung auch selbstauferlegte Schuldenregeln flexibilisiert oder Ausnahmen genutzt werden sollten - wer hätte das gedacht?



Ihre Standpunkte und Berechnungen sind auf unserem Bundesparteitag im Dezember in den Beschluss zum [Leitantrag „Aufbruch in eine neue Zeit“](#) eingeflossen. Wir machen darin deutlich, dass wir die Notwendigkeit von Investitionen unabhängig von der aktuellen Einnahmesituation anerkennen und damit Planungssicherheit schaffen wollen. Investitionen dürfen deshalb nicht an dogmatischen Positionen wie der **Schwarzen Null** scheitern. Denn: Solides Haushalten heißt vorausschauend in die Zukunft investieren für die kommenden Generationen, denn wir wollen ihnen eine gut funktionierende Infrastruktur hinterlassen. Das habe ich auch in meiner [Rede auf dem Bundesparteitag](#) zum steuerpolitischen Leitantrag herausgestellt.



Vor knapp einem Jahr hat der Bundesfinanzhof die Aberkennung der **Gemeinnützigkeit** beim globalisierungskritischen Netzwerk Attac für rechtmäßig erklärt. Der Grund: Attac versuche, die politische Meinung zu beeinflussen, was nicht zur politischen Bildung beitrage und daher nicht gemeinnützig sei. Die Bundesvereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) ) dagegen verlor die Gemeinnützigkeit, weil sie im



bayerischen Verfassungsschutzbericht als angeblich linksextremistisch beeinflusst erwähnt wurde. Gleichzeitig nutzte die CDU/CSU die Debatte, um unliebsamen Organisationen wie der Deutschen Umwelthilfe mit dem gleichen Schicksal zu drohen, samt Parteitagsbeschluss dazu. Seitdem wächst die **Verunsicherung bei vielen Vereinen und Organisationen**. Sie befürchten, dass sie aus dem

politischen Raum gedrängt werden sollen. Ich finde: Wir brauchen **starke zivilgesellschaftliche Organisationen**, die sich politisch äußern und die Grundwerte unseres Landes verteidigen. Wir müssen hier für Rechtssicherheit sorgen. Deswegen bin ich froh, dass wir auf unserem Parteitag den [Beschluss „Für eine starke Zivilgesellschaft!“](#) verabschiedet haben, mit dem wir uns für diese Organisationen und Vereine einsetzen werden.

Etwa 10.000 Menschen warten in Deutschland auf eine lebensrettende Organspende. Obwohl eine große Mehrheit in der Bevölkerung der **Organspende** positiv gegenübersteht, haben wir die niedrigste Rate von Organspenden in Europa.

Wie wir das ändern können, darüber haben wir in der letzten Sitzungswoche im Bundestag diskutiert. Die Organspende ist eine Gewissensentscheidung, die sehr grundsätzliche Fragen zum Leben und Sterben und zum Selbstbestimmungsrecht über den eigenen Körper betrifft. Die Debatte über die Änderung des Organspende-Gesetzes haben wir deswegen auch ohne die sonst übliche



Fraktionsdisziplin und mit fraktionsübergreifend erstellten Gesetzentwürfen geführt. Debattiert wurden der von einer Gruppe von Gesundheitsminister Jens Spahn und SPD-Gesundheitspolitiker Karl Lauterbach eingebrachte Entwurf für eine **„Doppelte Widerspruchslösung“** sowie ein Entwurf zur Stärkung der geltenden **Entscheidungslösung**. Am Ende hat sich eine Mehrheit für letzteren Entwurf ausgesprochen. Warum ich mir einen Paradigmenwechsel gewünscht hätte und für die doppelte Widerspruchslösung gestimmt habe, erfahrt ihr in [meinem Statement](#).



Im März 2020 wählen wir in Bayern – eine wichtige Weichenstellung für die Zukunft unserer Kommunen. Denn Lebensqualität entscheidet sich vor Ort, in den Städten und Gemeinden. Wir wollen, dass **Kommunen finanziell handlungsfähig** sind, damit sie eine gute soziale und kulturelle Infrastruktur mit Schulen, Kitas, Schwimmbädern und Bibliotheken bereitstellen können. Deswegen haben wir in dieser Legislatur bereits Milliarden investiert und gesetzgeberisch eine Vielzahl an **Verbesserungen für die Kommunen erreicht**:



Wir haben das **Grundgesetz geändert**, damit der Bund die Länder in Zukunft einfacher bei der Finanzierung von Investitionsvorhaben in den Bereichen **Bildung, sozialer Wohnungsbau und Öffentlicher Nahverkehr** unterstützen kann. Wir brechen das Kooperationsverbot auf, indem der Bund von nun an direkt in allen Kommunen, nicht nur den finanzschwachen, in die Bildungsinfra-

struktur investieren kann. Damit können endlich alle Schulen eine gute digitale Ausstattung bekommen. Als erstes Programm startete hier der Digitalpakt Schule, ausgestattet mit 5 Milliarden Euro. Der Bund kann außerdem weiter in den sozialen Wohnungsbau investieren, wofür wir 2020 und 2021 jeweils 1 Milliarde Euro zusätzlich bereitstellen. Und das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz kann nun bereits vor 2025 geändert werden, damit die Investitionshilfen des Bundes schon ab 2020 steigen können.



Wir haben sichergestellt, dass mit der Reform der **Grundsteuer** und der **Gewerbesteuer** die wichtigsten Einnahmenquellen der Kommunen dauerhaft erhalten bleiben. Aus der Grundsteuer allein sind das 15 Milliarden Euro im Jahr. Die Berechnung der Grundsteuer orientiert sich ab 2025 am Wert der Grundstücke und das kommunale Hebesatzrecht bleibt erhalten. Doch

in **Bayern** geht die Arbeit nun erst richtig los und der Kampf um eine gerechte Lösung weiter: Die CSU und die bayerische Staatsregierung wollen ein sogenanntes **Flächenmodell** einführen. Hier werden nur die Fläche der Grundstücke und die vorhandenen Gebäude berücksichtigt. Deren jeweiliger Wert bleibt bei diesem Modell völlig unberücksichtigt. Eine eklatante Belastungsverschiebung von Vermögenden zu finanziell weniger gut Situierten wäre die Folge. Für mich steht fest: Ein solches Modell ist weder gerecht noch verfassungskonform. Wir müssen daher in Bayern weiter kämpfen und diese **Ungerechtigkeit** verhindern. Mit der **Grundsteuer C** geben wir den Kommunen außerdem ein Instrument an die Hand, um baureife unbebaute Grundstücke durch gesonderte Hebesätze zu mobilisieren.





Mit dem **Gute-Kita-Gesetz** steigern wir bundesweit die Qualität von Kitas, damit jedes Kind faire Bildungschancen bekommt. Die Mittel (5,5 Milliarden bis 2022) können flexibel für unterschiedliche Instrumente eingesetzt werden, wie einen verbesserten **Betreuungsschlüssel**, **qualifizierte Fachkräfte** oder **sprachliche Bildung**.

Das Gesetz sieht außerdem eine bundesweit verpflichtende **soziale Staffelung der Kitagebühren** vor und eine Abschaffung der Gebühren für Familien mit geringem Einkommen. Die Mittel können auch für eine komplette Gebührenbefreiung verwendet werden. Bayern profitiert mit 861 Millionen Euro, die in bereits angelaufene Gebührensenkungen und neues Personal fließen.



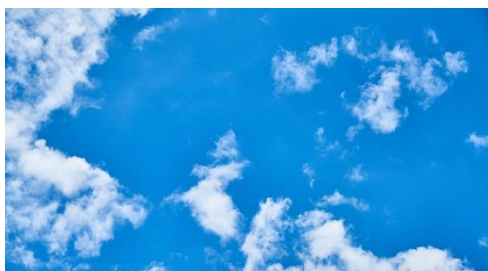
Wir setzen die **Städtebauförderung** auf dem Rekordniveau von 790 Millionen Euro pro Jahr fort. Der Schwerpunkt soll dabei auf einer lebendigen **Gestaltung der Ortskerne** liegen. Mit der Neuorientierung der Liegenschaftspolitik der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) haben wir dafür gesorgt, dass der Bund alle seine entbehrlichen Liegenschaften zum Zweck des

**sozialen Wohnungsbaus** und zur Erfüllung kommunaler Aufgaben verbilligt an Kommunen vergeben kann.



Einen Meilenstein sozialer Arbeitsmarktpolitik, der immer wieder von kommunaler Seite gefordert wurde, ist der **Soziale Arbeitsmarkt** für Menschen, die besonders von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen sind. Dieses Instrument hat unser Arbeitsminister Hubertus Heil erfolgreich als Regelinstrument im SGB II ver-

ankert und mit 4 Milliarden Euro bis 2022 ausgestattet. Damit eröffnen wir zehntausenden Menschen die Chance, wieder dauerhaft an der **Arbeitswelt** teilzuhaben.



Mit dem **Sofortprogramm „Saubere Luft 2017-2020“** haben wir Kommunen durch neue **Förderrichtlinien** für mehr schadstoffarme Fahrzeugflotten, die Umstellung auf alternative und emissionsarme Antriebe und mehr Infrastruktur für die Elektromobilität unterstützt.

Wir führen das Programm nun über das Jahr 2020 hinaus fort und stellen dafür weitere 500 Millionen Euro zur Verfügung.





Seit letztem Jahr unterstützt der Bund die **Feuerwehren** in noch nie dagewesener Höhe. Von 2019 bis 2022 haben wir ein **Fahrzeugprogramm** mit 100 Millionen Euro für 1.000 neue Fahrzeuge aufgelegt. Auch für den ergänzenden **Katastrophenschutz** haben wir 4 x 25 Millionen für Fahrzeuge zur Verfügung gestellt.

## +++ VERANSTALTUNGEN UND TERMINE IM WAHLKREIS+++

In den kommenden Wochen stehen einige **interessante Veranstaltungen** bei uns in den Landkreisen auf dem Programm. Es ist uns gelungen, **spannende Redner und Diskussionsteilnehmer** einzuladen. Bitte kommt zahlreich!

### \*\*\* 3. Februar 2020 | Dachau \*\*\*

„Fraktion vor Ort“ mit **Matthias Miersch**, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion für die Bereiche Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Tourismus

Thema „Soziale Klimapolitik“

[Weitere Infos hier](#)

SPDFRAKTION.DE

**MONTAG, 3. FEBRUAR 2020**  
**19:30 UHR**

**EINLADUNG**

**SOZIALE KLIMAPOLITIK**  
Unser Weg um die Klimaziele von Paris einzuhalten

DISKUTIEREN SIE MIT

**MICHAEL SCHRODI, MdB**  
Sprecher der Arbeitsgruppe Verteilungsgerechtigkeit und Mitglied im Umweltausschuss

**MATTHIAS MIERSCH, MdB**  
Stellv. Fraktionsvorsitzender für die Bereiche Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Tourismus

**VERANSTALTUNGSORT**  
Ludwig-Thoma-Haus  
Augsburger Straße 23  
85221 Dachau

**WEITERE INFORMATIONEN:**  
[www.spdfraktion.de/termine](http://www.spdfraktion.de/termine)

**SPD**  
BUNDESTAGS  
FRAKTION

### \*\*\* 13. Februar 2020 | Gröbenzell \*\*\*

Kevin Kühnert, Bundesvorsitzender der Jusos und stellvertretender Vorsitzender der Bundes-SPD im Gespräch mit dem Bürgermeisterkandidaten **Gregor von Uckermann** sowie Bürgerinnen und Bürgern.

[Weitere Infos hier](#)

**ZUKUNFT GEMEINSAM GESTALTEN**

**KEVIN KÜHNERT KOMMT**

IM GESPRÄCH MIT BÜRGERMEISTERKANDIDAT  
**GREGOR VON UCKERMANN**

**DO, 13.02.2020**  
**20 Uhr**  
Saal Freizeitheim

[www.spd-grobenzell.de](http://www.spd-grobenzell.de)

**SPD**

**\*\*\* 26. Februar 2020 | Puchheim \*\*\***

Politischer Aschermittwoch des **SPD-Unterbezirks FFB** mit der **Vorsitzenden der Bundes-SPD Saskia Esken**



**\*\*\* 27. Februar 2020 | Karlsfeld \*\*\***

Politischer Ascherdonnerstag mit **Bundesumweltministerin Svenja Schulze**

Thema „Klima - Umwelt - Naturschutz“



**\*\*\* 6. März 2020 | Fürstfeldbruck \*\*\***

Abschlussveranstaltung Kommunalwahlkampf im Landkreis FFB mit allen **Kandidatinnen und Kandidaten** sowie dem **Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion Rolf Mützenich**



Herzliche Grüße  
Euer

